

Technikwissenschaftliches Wettrüsten für eine nachhaltige Entwicklung?

Wo transformative Wissenschaft hinführen könnte

Verschiedene gesellschaftliche Gruppen haben unterschiedliche Möglichkeiten, ihr jeweiliges Verständnis von Nachhaltigkeit wissenschaftlich zu etablieren. Die Definition von Nachhaltigkeit hängt daher davon ab, wer Macht und Ressourcen hat, die entsprechende Ausrichtung von Wissenschaft zu stärken. Bisher ist völlig unklar, wie dieser Deutungskampf demokratisch reguliert werden könnte. Von Jan-Peter Voß

Wissenschaft ist immer transformativ. Wo neues Wissen Geltung erlangt, verändert sich die Welt (Jasanoff 2004). Transformative Wissenschaft ist somit allgegenwärtig. Das eigentlich Bedeutende in der Diskussion um einen „neuen Vertrag von Wissenschaft und Gesellschaft“ ist der Anspruch, dieses transformative Wirken explizit für bestimmte gesellschaftliche Ziele in den Dienst zu nehmen. Und zwar für solche, die mit einem angestrebten „Übergang zur Nachhaltigkeit“ (WBGU 2011: 1) in Verbindung stehen und bei denen „die Politik“, auf sich allein gestellt, bisher versagt hat (WBGU 2011: 200).

Technokratisierung der Nachhaltigkeitspolitik

Ich stelle einige Bedenken zur Diskussion, die sich auf die Möglichkeit einer Technokratisierung von Nachhaltigkeitspolitik im Zusammenhang mit einer so proklamierten transformativen Wissenschaft beziehen. Ich möchte aufzeigen, wie gegenwärtige Vertragsentwürfe Dynamiken in Gang setzen könnten, die dazu führen, dass Nachhaltigkeitswissenschaft zunehmend als Kampf um Deutungshoheit betrieben wird und so zur epistemischen Schließung der durch die Nachhaltigkeitsthematik ausgelösten politischen Debatten beiträgt. In den bisherigen Diskussionen bleibt zudem offen, wie gewährleistet werden kann, dass die Bestimmung der Ziele, für die sich Wissenschaft (mit öffentlicher Unterstützung) ins Zeug legt, auf eine transparente und demokratische Weise erfolgt. Wie kann sichergestellt werden, dass „transformative Wissenschaft“ für „Nachhaltigkeit“ im Dienste „der Gesellschaft“ sich nicht als eine Legitimationsformel entpuppt, um Wissenschaft für die Ziele besonders durchsetzungsfähiger gesellschaftlicher Gruppen in den Dienst zu nehmen?

Wie sieht der Entwurf für den neuen Vertrag aus? Vom WBGU (und ähnlich im globalen Programm „Future Earth –

Research for Global Sustainability“) ist vorgesehen, dass sich Gruppen von Wissenschaftlern gegenüber der „Gesellschaft“ in von „der Politik“ vermittelten Dialogen darauf verpflichten, ihre Forschung auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen auszurichten und die Qualität ihrer Ergebnisse danach beurteilen zu lassen, ob sie „relevante und glaubwürdige Lösungen für die identifizierten Probleme“ bieten (WBGU 2011: 245). Der neue Vertrag sieht also vor, dass Wissensdienstleistungen entsprechend ihres Beitrags zu definierten Umbauzielen anerkannt und entlohnt werden.

Offenheit des Nachhaltigkeitsbegriffs

Ein Ausgangspunkt für meine Bedenken ist die Offenheit des Nachhaltigkeitsbegriffs und allgegenwärtige Bemühungen, ihn vor dem Hintergrund verschiedenster gesellschaftlicher Perspektiven so auszulegen, dass jeweils diejenige Transformation als nachhaltig dargestellt wird, die mit dem Ausbau der eigenen Wohlstands- und Machtposition kompatibel ist. Hier sind Ähnlichkeiten zum Begriff des Gemeinwohls zu erkennen, lediglich um die ökologische Dimension erweitert. Für den konventionellen Gemeinwohlbegriff hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass er nur prozedural, durch fortlaufende demokratische Diskussion, Entscheidung, Kritik und Revision bestimmt werden kann (Münkler / Bluhm 2002).

Die Zielbestimmung „Übergang zur Nachhaltigkeit“ macht es zunächst möglich, die Wissenschaft für fast jedes Transformationsziel in Anspruch zu nehmen. Wenn das gelungen ist, kann die konstatierte Nachhaltigkeit der verfolgten Ziele durch die Arbeit an entsprechenden Modellen und Daten „objektiv“ belegt werden. Angesichts der politischen Schlagkraft, die es haben kann, wissenschaftlich nachgewiesen auf der Seite der Nachhaltigkeit zu stehen, ist zu erwarten, dass sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen darum bemühen werden, für ihre Transformationsziele wissenschaftliche Unterstützung zu organisieren. Genauso ist anzunehmen, dass sich Anbieter von Wissensdienstleistungen bereithalten, dazu beizutragen, unterschiedliche Versionen von Nachhaltigkeit wahrzumachen, solange diese sich produktiv mit ihrer Forschungsagenda verknüpfen lassen.

Wenn mehrere „epistemic communities“ miteinander in Konkurrenz stehen, ihre Theorie als die wahre oder das daraus abgeleitete Design von Technologie und Governance als das funktional überlegene zu behaupten, kann die Verbindung mit starken gesellschaftlichen Gruppen zum ausschlaggebenden Faktor werden. Relevanz wird so nicht nur für den gesellschaft-

lichen Impact von Forschung, sondern auch für den im engeren Sinne wissenschaftlichen Erfolg der Wahrheitsproduktion zur Voraussetzung. Je mehr sich die Auseinandersetzung um Nachhaltigkeit auf die transformative Wissenschaft verlagert, desto wichtiger wird es auch für gesellschaftliche Weltanschauungs- und Interessengruppen, die Arbeit ihrer Transformationswissenschaft mit Ressourcen, organisatorischen Kapazitäten, Publicity und Zugang zu Expertengremien zu unterstützen.

Bildung politisch-wissenschaftlicher Allianzen

Ein neuer Vertrag für transformative Wissenschaft könnte so zur Bildung von politisch-wissenschaftlichen Allianzen führen, in denen gesellschaftliche Gruppen gemeinsam mit wissenschaftlichen Netzwerken, wenn auch in verteilten Rollen, daran arbeiten, eine bestimmte Version nachhaltiger Entwicklung zu realisieren. Nachhaltigkeitspolitik würde dann die Form eines Innovationsrennens konkurrierender technikkissenschaftlicher Allianzen annehmen (vgl. Callon 2007).

Für manche Wissenschaftler mag das vorteilhaft klingen. Ihre Arbeit wird nicht mehr nur als abstraktes öffentliches Gut anerkannt, sondern sie werden für konkrete Dienste umworben. Der Pakt zur Realisierung gesellschaftlicher Transformationsziele bringt aber auch Zwänge. Wenn Wissenschaft zum Komplizen der politischen Zukunftsgestaltung wird, steigt ihr Wert nur dann, wenn sie zwingende Gründe liefern kann: harte Fakten, die andere Nachhaltigkeitsversionen aus dem Feld schlagen. Der Druck nimmt zu, Unsicherheiten und Ambivalenzen in der Darstellung von Forschungsergebnissen in den Hintergrund zu stellen und gesellschaftliche und politische Realitäten zu „verdinglichen“ (Berger / Pullberg 1965), um objektive Bedingungen und Erfordernisse konstatieren zu können.

Demokratie oder technikkissenschaftliches Wettrüsten?

Die beschriebenen Dynamiken können über ihre Selektionswirkung für erfolgreich zu praktizierende Wissenschaft weitere Auswirkungen haben. Sie würden den Nachhaltigkeitsdiskurs zu einer Sache von wissenschaftlichen Experten machen und damit gegen politische Kritik von Laien immunisieren. Nachhaltigkeit würde als Sachzwang Geltung erlangen, der, so das Argument Margaret Thatcher's für ihre wirtschaftsliberalen Reformen, keine Alternative erlaubt. Die Verhandlung der menschlichen Zukunft würde von der demokratischen Politik an konkurrierende Expertengemeinschaften delegiert, die sich im Kampf um hegemoniale Wahrheit ein technikkissenschaftliches Wettrüsten liefern.

Es muss nicht abgewartet werden, wer sich in einem derartigen Innovationsrennen durchzusetzen vermag. Es kann schon mal festgehalten werden, dass denjenigen Versionen von Nachhaltigkeit ein Bärendienst erwiesen würde, die zur Vermeidung von Nebenfolgen auf Reflexivität setzen und auf die Diversität

„Die Verhandlung der menschlichen Zukunft würde von der Politik an Expertengemeinschaften delegiert.“

von Wissensformen – auch über Nachhaltigkeit selbst (Voß / Kemp 2006).

Darüber hinaus ist nicht ersichtlich, warum in Dialogen zur Bestimmung der wissenschaftsseitig zu unterstützenden Transformationsziele andere gesellschaftliche Gruppen Dominanz erlangen sollten, als in der real existierenden Nachhaltigkeitspolitik – zumal wenn der Rahmenvertrag weder inhaltlich für Nachhaltigkeit noch prozedural für die Repräsentation der Gesellschaft konkrete Bestimmungen bereithält (vgl. Voß / Bornemann 2011). In „Blockaden vor allem im Politics-Bereich, d. h. auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung, Interessenvermittlung und Implementierung“ (WBGU 2011: 200) wird immerhin die Begründung dafür gesehen, dass der Wissenschaft eine stärkere Rolle zukommen müsse.

Im Gutachten des WBGU heißt es an anderer Stelle: „Nur eine offene, demokratische Gesellschaft ist in der Lage, die Art von Kreativität und Innovation zu entwickeln, die die Transformation erfordert“ (WBGU 2011: 205). Ist dies nicht vielmehr der Angelpunkt und die Kernaufgabe: Die fortlaufende Reflexion, Kritik und Weiterentwicklung demokratischer Politik? Welche Form von Wissenschaft und welchen Vertrag mit der Gesellschaft würde das erfordern?

Literatur

- Berger, Peter L. / Stanelly Pullberg (1965): „Verdinglichung und die soziologische Kritik des Bewußtseins.“ Soziale Welt 16 (2):97-112.
- Callon, Michel (2007): „What Does It Mean to Say That Economics Is Performative?“ In: Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics, ed. D. MacKenzie, F. Muniesa and L. Siu. Princeton: Princeton University Press.
- Jananoff, Sheila, ed. (2004): States of knowledge: the co-production of science and social order. London: Routledge.
- Münkler, Herfried / Harald Bluhm, eds. (2002): Gemeinwohl und Gemein-sinn. Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung. Berlin: Akademie Verlag.
- Voß, Jan-Peter / Basil Bornemann (2011): „The Politics of Reflexive Governance: Challenges for Designing Adaptive Management and Transition Management.“ Ecology and Society 16 (2):9.
- Voß, Jan-Peter / Ren, Kemp (2006): „Sustainability and reflexive governance: introduction.“ In: Reflexive governance for sustainable development, ed. J.-P. Voß, D. Bauknecht and R. Kemp. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

■ AUTOR + KONTAKT

Jan-Peter Voß, Juniorprofessor für Soziologie der Politik und Leiter der Forschungsgruppe Innovation in Governance am Institut für Soziologie und dem Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin.



Tel.: +49 30 314-25848,
E-Mail: jan-peter.voss@tu-berlin.de